

ahresbeitrages von 138,80
erstritten. Anlass boten die
zt auf 17 Millionen Euro
ferten Rücklagen, die die
mer jahrelang heimlich
Beiträgen angehäuft hatte.
as Magdeburger Anwalt
stian Rasch wollte mit einer
Akteneinsicht erzwingen
argumentierte: So lange die
mer über Millionen Euro
ge, dürfe sie kein Geld von
Mitgliedern verlangen.
t Rücklagen hatte die eins-

der Vergangenheit" bezeichnet.
Um eine erneute Zwangs-
lage zu vermeiden, versah die
Handwerkskammer vor eini-
gen Wochen die Spargelder mit
Zweckbindungen und versuchte,
sie damit zu legalisieren. Un-
ter anderem sind 8,8 Millionen
Euro für die Sanierung des eins-
tigen Hauses des Handwerks in
Magdeburg „gebunden“. Ende
Juli soll die Vollversammlung das
Projekt absegnen. Reserviert sind
auch eine Million Euro für eine

Rasch ersuchte die Kammer
jetzt erneut im Namen seiner
Mandantin um Einblick in die
Akten. Das gestaltete sich offen-
bar schwierig. Der Anwalt sagte,
nur mit Mühe habe er für vergan-
genen Dienstag einen Termin zur
Akteneinsicht erhalten. Doch der
platze. Die Kammer versprach,
dem Anwalt weitere Unterlagen
zuzusenden. Der wollte aber nicht
länger warten und reichte gestern
die ersten drei Klagen ein.
Sachsen-Anhalt/Meinung I

teil des LBZ für rund eine Mil-
lion Euro saniert werden.

Storchenhof Loburg Weniger Störche in der Altmark

Loburg (dpa). In Teilen der
Altmark gibt es in diesem Jahr
einen deutlichen Einbruch beim
Storchennachwuchs. Bei einer
Beringungsaktion nahe Kalbe/
Milde (Altmarkkreis Salzwedel)
seien 26 Jungstörche markiert
worden, im Jahr zuvor seien es
65 gewesen, sagte gestern der
Geschäftsführer des Storchen-
hofs Loburg, Michael Kaatz.
Diese Halbierung des Nach-
wuchses führe er darauf zurück,
dass manche Störche zu spät in
der Region angekommen seien,
zum anderen habe die Schaf-
kälte mit Regen und vergleichs-
weise tiefen Temperaturen dem
Nachwuchs zugesetzt. „Da-
durch sind einige Junge in ihren
Nestern gestorben“, sagte Kaatz
weiter. Ein solch krasser Ein-
bruch wie in der Altmark sei
aber nicht in allen Teilen Sach-
sen-Anhalts zu verzeichnen.

en Engagements Weitere alten Geld

ramm aufgenommen wor-
waren, hat der Bund für
re fünf Kommunen eine
erung zugesagt, wie das
alministerium gestern mit-
te. Mit einer einmaligen An-
bfinanzierung von jeweils
10 Euro werden Stendal,
Eisleben und Hettstedt
Landkreis Mansfeld-
harz) und Karsdorf (Bur-
ndkreis) unterstützt.

Sachsen-Anhalt und Brandenburg Jakobspilgerwege werden verbunden

Magdeburg (dpa). Die Ja-
kobspilgerwege in Sachsen-
Anhalt und Brandenburg wer-
den verbunden. Der Zusam-
menschluss der beiden Wege
soll an diesem Donnerstag an
der Landesgrenze zwischen
Schlagenthin (Jerichower
Land) und Vehlen offiziell voll-
zogen werden, teilte die Evan-
gelische Kirche in Mittel-
deutschland (EKM) gestern in

Magdeburg mit. Der Jakobs-
pilgerweg zieht sich seit dem
Jahr 2005 auf rund 370 Kilo-
metern durch Sachsen-Anhalt.
Er verläuft über Schlagenthin,
Stendal und Magdeburg, öst-
lich am Harz vorbei in den Sü-
den des Landes. Der Weg be-
ginnt in Polen und führt zum
Grab des Apostels Jakobus in
Santiago de Compostela in
Spanien.

erhandlungen

Sachsen-Anhalt wegen Streiks geschlossen

staktionen in Halle, wo sie
Sozialbeigeordneten der
Tobias Kogge (CDU), ei-
tucksack überreichten – ge-
mit einem Forderungskata-
und einem 20-Kilogramm-
acht. Damit wollten die
herinnen veranschauli-
wie schwer sie täglich he-
nüssen.
nd 350 der streikenden
en forderten im Anschluss

bei einer Demonstration durch
Halle eine bessere Bezahlung.
Kindergärtnerinnen aus Halle
zogen mit Luftballons und Tril-
lerpfeifen durch die größte Stadt
Sachsen-Anhalts und trafen sich
dann mit rund 250 Kolleginnen
aus Köthen und Dessau-Roßlau
zu einer Kundgebung.
Mit den Streiks soll der Druck
auf die kommunalen Arbeitge-
ber erhöht werden, um für bun-

desweit rund 220 000 Erzieher
einen tariflich geregelten Ge-
sundheitsschutz und eine besse-
re Bezahlung durchzusetzen.
Die Verhandlungen waren am
Freitag in Berlin nach einem
fünftägigen Gesprächsmarathon
ergebnislos unterbrochen wor-
den. Ein neuer Termin wurde
nicht vereinbart. Nach Verdi-
Angaben nahmen gestern an
Streiks in fünf Bundesländern –

neben Sachsen-Anhalt Nord-
rhein-Westfalen, Baden-Würt-
temberg, Hessen und
Rheinland-Pfalz – mindestens
18 000 Beschäftigte von Kinder-
tagesstätten teil.
Wie die Gewerkschaft mitteil-
te, sollen die Arbeitsniederle-
gungen heute unter anderem in
Bayern, Baden-Württemberg,
Hessen und Nordrhein-Westfa-
len fortgesetzt werden.

-MDG-01

VST 23.06.09 MW